



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 11.12.2014

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 18. Dezember 2014, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 20.11.2014
2. Mitteilungen
3. Fragestunde

4. 14-F-33-0133

Umwandlung der Wolfram-von-Eschenbach-Schule in eine Mittelstufenschule
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 09.12.2014 -

Die Wolfram-von-Eschenbach-Schule ist eine Hauptschule im Innenstadtbereich Wiesbadens, die den Willen bekundet hat, sich in eine Mittelstufenschule umzuwandeln, um eine Stärkung des Schulprofils zu unterstützen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Hauptschule Wolfram-von Eschenbach in der kommenden Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2015-2020 für die Umwandlung in eine Mittelschule vorzuschlagen.

5. 14-F-33-0132

Schaffung einer zusätzlichen innenstadtnahen integrierten Gesamtschule
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.11.2014

Die Heinrich-von-Kleist-Schule hat als verbundene Haupt- und Realschule erneut den Willen bekundet, sich in eine Integrierte Gesamtschule (IGS) umzuwandeln. Auf diesem Weg kann der hohen Nachfrage nach IGS-Plätzen in der Innenstadt Rechnung getragen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die verbundene Haupt- und Realschule Heinrich-von-Kleist-Schule in der anstehenden Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2015-2020 für die Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule vorzuschlagen.

6. 14-F-03-0128

Umweltfreundliches Mobilitätskonzept für den Konzern Stadt
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2014 -

Zum Klimaschutz in der Stadt Wiesbaden gehört zwingend eine klimafreundliche Mobilität. Hierzu wiederum gehören umfassende Fuß- und Radwegekonzepte und ein leistungsfähiger attraktiver ÖPNV, aber auch betriebliche Mobilitätskonzepte inklusive eines modernen Fuhrparkmanagements.

Die Stadt Wiesbaden, einschließlich der dazugehörigen Gesellschaften, hat hierbei aufgrund ihrer politischen Bedeutung, aber auch wegen der reinen Größe eine Vorbildfunktion. Dies wurde auch beim 2. Bürgerworkshop Mobilität im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts der Stadt Wiesbaden am 18.11.2014 so festgestellt.

Bereits heute trägt sie dem zum Teil dadurch Rechnung, dass städtische Beschäftigte ein Job-Ticket erhalten und Diensträder zur Verfügung stehen. Es gibt allerdings noch viele weitere Möglichkeiten wie der Konzern Stadt dafür Sorge tragen kann, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich klimafreundlicher fortbewegen und das Verkehrsaufkommen insgesamt reduziert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein umfassendes Konzept zur umweltfreundlichen Mobilität für den Konzern Stadt (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung) zu erarbeiten. Dieses Konzept sollte u.a. folgende Bausteine enthalten:

1. Analyse der Ist-Situation / Erhebung von Daten, z.B.:

- Anzahl der Beschäftigten (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung in Vollzeit / Teilzeit / Homeoffice)
- Quell- / Zielanalyse (Wohnorte der Beschäftigten)
- Verkehrsmittelwahl (Wie kommen die Arbeitnehmer/innen zur Arbeit)
- Inanspruchnahme und Bereitstellung des Jobtickets (Wie wird das Jobticket angenommen, in welchen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung wird ein Jobticket angeboten)
- Komplette Bestandsaufnahme der Dienstwagen- und Nutzfahrzeugflotte, Gesamtkostenenerhebung inkl. Spritkosten, Auslastung, Nutzungshäufigkeit, Kilometergelderstattungen privater PKW für Dienstreisen, Feststellung des tatsächlichen Mobilitätsbedarfs und Berechnung des jährlichen CO₂-Ausstoßes

2. Motivation für Beschäftigte, auf den Umweltverbund umzusteigen, z.B.:

a. Förderung des Radfahrens:

- Verbesserung der Abstellmöglichkeiten (Überdachung, ausreichend Plätze, „Käfig“)
- Duschen und Umkleieräume für radfahrende Arbeitnehmer/innen
- Aufrüsten der Dienstradflotte, z.B. mit E-Bikes und robusten, bequemen, leichtgängigen und bergtauglichen (z.B. stufenlose Gangschaltung) Rädern
- Gewährleistung der permanenten Betriebsbereitschaft durch beständige Wartung der Räder
- Beteiligung an „Jobrad“ (Leasingsystem), sobald mit TvÖD vereinbar
- Sicherstellen der Verfügbarkeit der Diensträder an den wichtigsten Orten (Rathaus, G.-Stresemann-Ring, ...)
- Vorbild: Führungskräfte fahren Rad
- Anreize für Radfahrer/innen, z.B. Fahrradkarte (Gewinnspiel für Radfahrer/innen, vgl. Fa. Kärcher)
- Beteiligungen an Aktionen in Zusammenarbeit mit ADFC, Klimabündnis und Krankenkassen, z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“, „Stadtradeln“ etc.
- Service, z.B. Radzubehör, Luftpumpe, etc.

b. Förderung von umweltfreundlicherem MIV (motorisierter Individualverkehr)

Für Bedienstete, die keine Möglichkeit haben auf den ÖPNV oder das Rad umzusteigen:

- Mobilitätsbörse für die Beschäftigten
- Wo möglich bevorzugte Parkmöglichkeiten für Fahrgemeinschaften und E-Autos
- Förderung der E-Mobilität durch Ladestationen (z.B. an Straßenmasten) in Zusammenarbeit mit dem Bestandsprogramm bei ESWE Versorgung
- Durchführung von Kursen zum Spritsparen und defensiverem Fahren

c. Job-Ticket für alle städtischen Gesellschaften, sofern noch nicht gegeben

3. Umweltfreundliche Ausrichtung der dienstlich bedingten Mobilität, z.B.:

- Implementierung eines Fuhrparkmanagements mit folgenden Aufgaben:
 - Aufbau eines Fahrzeug- und Fahrradpools zur Optimierung der Auslastung
 - Implementierung von Car-Sharing
- Prüfen von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen großem Arbeitgebern, bzw. Nutzungsgruppen
- Beschaffung von umweltfreundlichen, emissionsarmen Dienst- und Nutzfahrzeugen, hierbei ist wegen der Öffentlichkeitswirkung besonderes Augenmerk auf die Auswahl der Fahrzeuge von Dezernent/innen und Geschäftsführer/innen zu legen (gutes Beispiel Opel Ampera von Stadträtin Möricke mit CO₂-Ausstoß von 33 g/km gegenüber Audi A6 Avant 3.0 TDI von Stadtrat Dr. Franz mit CO₂-Ausstoß von 156 g/km)
- Reiserichtlinien (Bevorzugung des jeweils umweltfreundlicheren Verkehrsmittels)

7. 14-F-08-0074

Attraktivität des ÖPNV steigern - lokalen Handel stärken

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 10.12.2014 -

Der ÖPNV trägt in hohem Maße zur Attraktivität der Innenstadt bei. Menschen, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen, fahren nicht mit dem eigenen PKW. Busfahren schont die Umwelt, und das eigenen Auto stehen zu lassen trägt zur Sicherheit des Straßenverkehrs bei.

An den Erfolgen von Städten, die ÖPNV zum Nulltarif eingeführt haben, kann man sehen, welche Wirkung diese Maßnahmen auf die Umwelt, die Lebensqualität der Menschen, die Sicherheit auf den Straßen oder auch die Effektivität des ÖPNV haben.

Auch der lokale Handel wird durch einen attraktiven ÖPNV gestärkt, weil mehr Menschen in der Innenstadt einkaufen gehen, wenn Busfahren weniger kostet als im Parkhaus zu parken. Wird die Stadt attraktiver, bestellen weniger Menschen im Netz. Das Geld bleibt in der Kommune.

Ziel muss daher sein, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, vom eigenen Auto auf umweltfreundlichere Fortbewegungsmittel umzusteigen. Dazu können Carsharing, Fahrrad, Roller oder E-Bike-Verleih eine Menge beitragen. Aber das reicht längst nicht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die ESWE zu beauftragen, im Jahr 2015

1. an allen verkaufsoffenen Sonntagen, an den Adventssamstagen und beim Verkehrswendefest den Busservice in Wiesbaden kostenfrei anzubieten;
2. in einer künstlichen Woche, also an sieben nicht aufeinanderfolgenden Wochentagen, in 2015 den Busverkehr zum Nulltarif anzubieten, um zu eruieren, wie dieser von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird und welche Auswirkungen dies auf die anderen Verkehrsmittel und den Handel hat.

8. 14-F-05-0025

Verbleib im Kulturfonds Rhein-Main
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 09.12.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verbleibt weiterhin im Kulturfonds Rhein-Main (offizieller Name: Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH).
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
 - a) In welcher Gesamthöhe sind Kultureinrichtungen und Kulturinitiativen in der Landeshauptstadt Wiesbaden seit dem Beitritt zum Kulturfonds Rhein-Main finanziell unterstützt worden?
 - b) Wie hoch ist der geleistete Gesamtbeitrag der Landeshauptstadt Wiesbaden seit dem Beitritt zum Kulturfonds Rhein-Main genau?
 - c) In welcher ungefähren Größenordnung können Kultureinrichtungen und Kulturinitiativen in der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einem Verbleib in dem Kulturfonds Rhein-Main unterstützt werden?
 - d) Wäre nicht aus Sicht des Magistrats der Verbleib im Kulturfonds Rhein-Main GmbH sinnvoll und im Hinblick auf die Verantwortung für die Wiesbadener Kulturlandschaft geradezu geboten?

9. 14-F-09-0004

Einführung eines mobilen Bürgerdienstes
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 24.09.2014 -

Personalausweis beantragen, Wohnsitz an-/ummelden oder Kopien beglaubigen lassen: Wer diese und weitere Dienstleistungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden in Anspruch nehmen will, für den führt kein Weg an Bürgerbüro, Ortsgericht oder Ortsverwaltung vorbei; denn die genannten Dienstleistungen gibt es nicht online. Es gibt jedoch Bürger, die nicht in der Lage sind diese Lokaltäten ohne größere Anstrengungen aufzusuchen, da ihre Mobilität eingeschränkt ist - etwa Senioren, die nicht mehr mobil sind, oder Menschen mit Behinderung. Unsere Gesellschaft altert und die Stadt Wiesbaden sollte ihre Dienstleistungen den Veränderungen anpassen.

Um allen Bürgern auf Dauer die Dienstleistungen anbieten zu können, wäre die Einrichtung eines „Mobilen Bürgerdienstes“ hilfreich. Die Erfahrungen in anderen Städten, zum Beispiel in Recklinghausen sind durchweg positiv. Mit einem „Bürgerkoffer“, welcher von der Bundesdruckerei GmbH angeboten wird, kann der „Mobile Bürgerdienst“ den Bürgerinnen und Bürgern direkt vor Ort - in den eigenen vier Wänden oder auch zum Beispiel in Altenheimen - städtische Leistungen erbringen. Mit der Realisierung des Bürgerkoffers in Wiesbaden hätte die Stadt eine weitere Methode, um die Qualität und Bürgernähe der Stadtverwaltung weiter zu steigern. Benötigt wird nach Angaben der Bundesdruckerei lediglich der Zugriff auf die jeweilige Verfahrenssoftware, zum Beispiel über einen sicheren externen Zugang zum IT-Netz der Kommune.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob ein mobiler Bürgerdienst in Form eines Bürgerkoffers in die bestehende Verfahrenssoftware integriert werden kann
2. zu eruieren, ob es in der Landeshauptstadt Bedarf für den Einsatz von mobilen Bürgerkoffern gibt - dabei sollen auch die Beschäftigten der betreffenden Ämter abgefragt werden -
- und ggf. die nötige Anzahl, die Anschaffungskosten und laufenden Kosten des „Mobilen Bürgerdienstes“ zu ermitteln
3. bei positiver Einschätzung des Einsatzes von Bürgerkoffern, die Einführung eines „Mobilen Bürgerdienstes“ zeitnah zu realisieren

10. 14-V-14-0001

DL 55/14-1

Jahresabschluss 2011 der LHW - Entlastung

ANLAGE

11. 14-F-08-0057

Schriftliche Anfrage Nr. 273/2014 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 31.07.2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Verwendung von Haushaltsmitteln für Lesselallee"

ANLAGE

12. 14-F-03-0111

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zu den Vorgängen rund um die Fällung der Kastanienallee auf der Maaraue in Kostheim
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2014 -

Die Informationslage rund um die Vorbereitung und Genehmigung der Fällung der Lesselallee auf der Kostheimer Maaraue ist unklar, unter anderem im Hinblick auf die rechtlichen Voraussetzungen. Um dem Informationsanspruch der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger zu genügen und Klarheit zu diesem in der Presse und Öffentlichkeit prominent wahrgenommenen Vorgang zu schaffen, ist der Akteneinsichtsausschuss erforderlich.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß § 50 Abs. 2 HGO und § 21 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird ein Akteneinsichtsausschuss zum Verwaltungshandeln in der Angelegenheit „Fällung der Kastanienallee auf der Maaraue in Kostheim“ (Zeitraum: ab 1. Januar 2014) gebildet. Als Akteneinsichtsausschuss wird der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit bestimmt.

ANLAGE

13. 14-F-03-0114

Schriftliche Anfrage Nr. 284/2014 der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Oktober 2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Kastanien in der Lesselallee - Ausschäumen von Faulstellen mit Bauschaum"

ANLAGE

14. 14-F-05-0023

Bürgerbeteiligung ernst nehmen - Gutachten des Städtetages jetzt veröffentlichen
- Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Gutachten des Hessischen Städtetages zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens unverzüglich und vollständig zu veröffentlichen.

15. 14-F-03-0127

Schriftliche Anfrage 286/2014 der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Oktober 2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Fußwegeverbindung Friedrich-Ebert-Allee und Auguste-Viktoria-Straße"

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 14-V-01-0023

DL 54/14-2

Bericht zum Projekt Walkmühle

2. 14-V-01-0025

DL 63/14-1, 62/14-1, 61/14-1, 58/14-1

Sofortmaßnahmen Thermalbad Aukammtal

3. **14-V-01-4012** **DL 66/14-1, 63/14-2**
Bürgerbegehren nach § 8 b Hessische Gemeindeordnung (HGO) - „Für die Erhaltung des Landschaftszuges und Erholungsgebietes Taunuskamm!“
Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen
4. **14-V-02-0006** **DL 61/14-3, 58/14-3**
Wohnungsbauprogramm 2014 - Ausführungsvorlage 1
5. **14-V-05-0009** **DL 61/14-4, 58/14-4**
HESSENCAMPUS Wiesbaden - Jahresbericht 2013
6. **14-V-05-0012** **DL 61/14-5, 58/14-5**
Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan 2014
7. **14-V-05-0015** **DL 61/14-6, 58/14-6**
HESSENCAMPUS Wiesbaden - Abschluß einer Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen
8. **14-V-20-0044** **DL 51/14-3**
Tarifliche Zusatzversorgung
ANLAGE
9. **14-V-20-0068** **DL 58/14-7**
Investitionscontrolling 3. Quartal 2014
10. **14-V-20-0073** **DL 64/14-1**
Beteiligung an der Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG

11. **14-V-30-0007** **DL 58/14-8**
Datenschutzbericht 2013
12. **14-V-33-0003**
Einführung der Briefwahl für die Ausländerbeiratswahlen, Ergänzung der Hauptsatzung
ANLAGE
13. **14-V-36-0009** **DL 33/14-4**
Teiluntersuchung zum Landschaftsplan: Biotoptypenkartierung
14. **14-V-40-0035** **DL 60/14-1, 50/14-2**
Friedrich-Ebert-Schule - Abriss und Neubau des Werkstattgebäudes
15. **14-V-41-0015** **DL 60/14-2**
Entwicklung der freien Bühnen in 2013
16. **14-V-41-0017** **DL 60/14-3**
Internationale Maifestspiele 2014; vorläufiger Abschluss
17. **14-V-41-0018** **DL 60/14-4**
Internationale Maifestspiele 2015; Programm und Finanzierung
18. **14-V-51-0020** **DL 62/14-3, 61/14-8**
Varianten kommunaler Wohnungsbauförderung - Zinslose Darlehen, Zuschüsse

19. **14-V-51-0034** **DL 62/14-4, 61/14-9**
U3-Ausbauprogramm 48, Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in der Katholischen Kita Sankt Kilian, Ersatzneubau
20. **14-V-51-0043** **DL 60/14-5**
Dringlichkeitskatalog der Kommunalen Wohnungsvermittlung
21. **14-V-51-0050** **DL 60/14-6**
Kinderhaus Wiesbaden e.V./Leistungsvertrag für 2014
22. **14-V-51-0055** **DL 62/14-5, 61/14-10**
Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II 1. Halbjahr 2014
23. **14-V-52-0011** **DL 60/14-7**
Sanierung/Austausch des Kunstrasenbelages auf den Sportplätzen Sonnenberg und Nordenstadt
24. **14-V-52-0015** **DL 60/14-8**
Neubau eines Funktionsgebäudes auf dem Sportplatz Rheinhöhe, Genehmigung von zusätzlichen Mitteln
25. **14-V-52-0017** **DL 60/14-9**
Freigabe von Haushaltsmitteln für den Deutschen Schützenbund
26. **14-V-81-0005** **DL 61/14-11**
Wirtschaftsplan 2015 und Mittelfristplanungen 2016 - 2019 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb (WLW)

27. 14-V-81-0006

DL 61/14-12

Nachtrag zum Pachtvertrag - WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt
Wiesbaden

Tagesordnung III

1. 14-F-03-0124

Vergrößerung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit von 12 auf 15 Mitglieder
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2014

ANLAGE

2. 14-V-01-4010

DL 61/14-2, 58/14-2

38. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 09.06. - 11.06.2015 in
Dresden

ANLAGE

3. 14-V-30-0008

DL 61/14-7, 58/14-9

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I (Mainz-
Kastel/Amöneburg)

4. 14-V-61-0016

DL 59/14-1

Bebauungsplan "Fußballstadion Berliner Straße" im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -

5. 14-V-61-0038

DL 59/14-2

Bebauungsplan "Grorother Bachtal" im Ortsbezirk Schierstein - Satzungsbeschluss -

Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:

6. 14-V-07-0011

DL 66/14-2, 62/14-2

Erhöhung Stadtanteil für Straßenentwässerung

7. 14-V-63-0022

Baugrundstück: Dotzheim, Sonnenblumenwiese 8a - Bauantrag AZ: 635195/14 - Neubau eines Studentenwohnheimes mit 80 Appartements und Neuordnung der vorh. Stellplatzanlage

Zu dem vorstehenden Punkt tagt der Magistrat voraussichtlich am 16.12.2014. Die Unterlagen werden nachgereicht.

8. 14-V-66-0213

DL 66/14-3

Helenenstraße - Grundinstandsetzung

9. 14-V-70-0011

DL 66/14-4, 62/14-6

Neufassung der Straßenreinigungssatzung einschließlich Straßenreinigungsgebühren

10. 14-V-70-0012

DL 66/14-5, 62/14-7

Neufassung der Kreislaufwirtschaftssatzung einschließlich Abfallgebühren

11. 14-V-70-0013

DL 66/14-6, 62/14-8

Neufassung der Abwassersatzung einschließlich Abwasserbeiträge und Abwassergebühren

Tagesordnung IV

1. 14-V-20-0066

DL 58/14-1 NÖ

Abschluss eines Wasserwegennutzungsvertrags mit der ESWE Versorgungs AG

2. 14-V-20-0072

DL 58/14-2 NÖ

Kredit Nr. 1747 - Aufnahme eines Darlehens mit verkürzter Ansparzeit aus Mitteln des Hessischen Investitionsfonds B

3. **14-V-20-0076** **DL 66/14-1 NÖ, 65/14-1 NÖ**
Änderung der Satzung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

4. **14-V-40-0056** **DL 58/14-3 NÖ**
Friedrich-Ebert-Schule - Vertrag mit WiBau zum Neubau und Betrieb des Werkstattgebäudes

5. **14-V-80-2326** **DL 62/14-1 NÖ**
Parkhaus Coulinstraße - Investorenentscheidung für Abriss, Neubau und Betrieb

6. **14-V-80-2331** **DL 58/14-4 NÖ**
Verkauf des Grundstücks "Parkplatz Erathstraße"

7. **14-V-80-2334** **DL 66/14-2 NÖ, 62/14-2 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Juli 2014 bis 30. September 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen

8. **14-V-82-0010** **DL 62/14-3 NÖ**
Finanzierung des Neubaus "Rhein-Main-Hallen"

HINWEIS:

Ab 20.00 Uhr ist das weihnachtliche Zusammensein geplant, zu dem auch Ehrengäste eingeladen sind.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher